

**Tabelle 3**  
**Die Einfuhr Baden-Württembergs aus der OPEC nach Ländern und Waren**

Ursprungs- beziehungsweise Herstellungsländer Waren	1970		1974		1978		1. Halbjahr 1979		Veränderung 1. Halbjahr 1979 gegen 1. Halbjahr 1978 %
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Algerien .....	12,9	1,2	419,5	12,4	508,4	16,8	293,4	15,7	+ 91,5
Libyen .....	646,6	60,1	981,5	29,1	1 003,6	33,2	721,9	38,7	+ 19,5
Nigeria .....	41,6	3,9	152,0	4,5	255,7	8,5	240,4	12,9	+147,1
Gabun .....	9,0	0,8	4,6	0,1	5,4	0,2	2,3	0,1	-39,6
Venezuela .....	15,1	1,4	28,5	0,8	22,9	0,8	7,8	0,4	-53,0
Ecuador .....	15,6	1,4	27,3	0,8	12,4	0,4	7,3	0,4	- 7,8
Irak .....	7,0	0,7	47,0	1,4	0,5	0,0	12,6	0,7	.
Iran .....	76,2	7,1	209,1	6,2	253,1	8,4	78,6	4,2	-38,0
Saudi-Arabien .....	175,0	16,3	1 141,9	33,9	578,0	19,1	255,3	13,7	- 7,3
Kuwait .....	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,5	0,3	.
Katar .....	17,2	1,6	6,0	0,2	0,0	0,0	7,3	0,4	.
Vereinigte Arabische Emirate .....	17,3	1,6	321,8	9,5	344,8	11,4	212,8	11,4	+ 7,9
Indonesien .....	42,6	4,0	34,2	1,0	35,3	1,2	20,4	1,1	+31,1
<b>OPEC-Länder zusammen .....</b>	<b>1 076,1</b>	<b>100</b>	<b>3 373,4</b>	<b>100</b>	<b>3 020,1</b>	<b>100</b>	<b>1 886,6</b>	<b>100</b>	<b>+ 24,6</b>
davon .....									
Erdöl .....	920,1	85,5	3 159,8	93,7	2 760,2	91,4	1 752,5	93,9	+28,3
Übrige Waren .....	156,0	14,5	213,6	6,3	259,9	8,6	114,1	6,1	+15,8

ging der Export in die 13-Länder-Gruppe um 29% zurück. Auffallend schwach war auch die Ausfuhrentwicklung nach Nigeria (Tabelle 2). Beim Export nach Saudi-Arabien, das im ersten Halbjahr 1979 zum wichtigsten Abnehmer unserer Erzeugnisse im Rahmen der OPEC aufrückte, konnte das entsprechende Vorjahresniveau wieder erreicht werden. Demgegenüber erfuhren die Exporte nach Algerien und Libyen eine spürbare Belebung. Erwähnenswert ist noch, daß auch Länder wie Gabun oder Katar, die bisher noch nicht besonders hervorgetreten waren, als Absatzmärkte für unser Land deutlich an Gewicht gewonnen haben.

Die Entwicklung der Importe aus den OPEC-Staaten lag im ersten Halbjahr 1979 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mit einer Zunahme um 25% deutlich über der Gesamtentwicklung; dies, obwohl die Importe aus dem Iran aufgrund stark verminderter Lieferfähigkeit um 38% rückläufig waren. Aber auch die Lieferungen aus Saudi-Arabien blieben um 7% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Diese vom Umfang her recht bedeutenden Importrückgänge sowie die – absolut gesehen – leichten Einbußen im Einfuhrgeschäft mit Venezuela, Gabun und Ecuador wurden jedoch, wie aus Tabelle 3 ersichtlich, durch bedeutende Zuwachsraten bei den

Importen aus Nigeria, Algerien und Libyen mehr als ausgeglichen. Darüber hinaus gelang es der Wirtschaft unseres Landes, bisher weniger stark frequentierte Länder wie Katar, Kuwait oder den Irak als Liefermärkte zu gewinnen.

Aufgrund der jüngsten Erdölpreiserhöhung dürften die OPEC-Länder insgesamt für 1979 mit Mehreinnahmen von rund 90 Mrd. DM rechnen können, die zum Großteil von den Industrieländern zu tragen sein werden. Im Gegensatz zur Vielzahl der meist relativ leistungsschwachen Entwicklungsländer wird es den Industriestaaten am ehesten gelingen, diese Mehrausgaben durch erhöhte Exporte in den OPEC-Bereich wenigstens teilweise auszugleichen. Nach Meinung von Experten ist zwar nicht mit einer gleich stürmischen Exportentwicklung in die OPEC zu rechnen wie nach der ersten Ölvertierung, da wichtige Infrastrukturprogramme, wie beispielsweise in den Arabischen Emiraten, weitgehend abgeschlossen sind oder aber bestehende Haushaltsdefizite in Saudi-Arabien, Nigeria, Indonesien, Venezuela und Algerien wohl erst abgebaut werden müssen. Dennoch wird im weiteren Jahresverlauf aufgrund des vergrößerten außenwirtschaftlichen Spielraums der OPEC wieder mit insgesamt steigenden Exporten in diesen Block zu rechnen sein.

Dipl.-Volkswirt Günter Schittenhelm

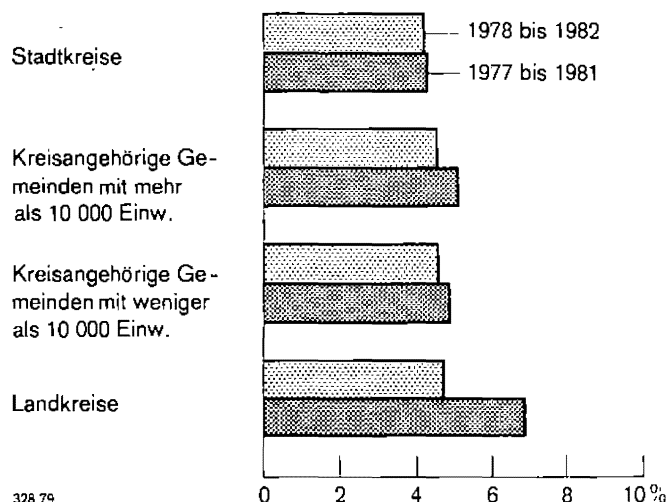
## Kommunale Finanzplanung 1978 bis 1982

Da im öffentlichen Bereich wie in anderen Bereichen sich Wachstumprobleme nicht kurzfristig bewältigen lassen und nur in einer längerfristigen Planung offenbar wird, ob und inwieweit die Inangriffnahme wichtiger Aufgaben in Zukunft überhaupt möglich ist, wurde das Instrument der mittelfristigen Finanzplanung geschaffen. Der Finanzplan soll als zukunftsorientierte Vorausschau die Ausgabenentwicklung und ihre Deckung aufzeigen sowie Prioritäten und Schwerpunkte der künftigen Finanzpolitik für mehrere Jahre (im kommunalen Sektor nach § 85 der Gemeindeordnung für einen Fünfjahreszeitraum) festlegen. Dieses Planungswerk ist nicht starr, sondern wird von Jahr zu Jahr den Erfordernissen der

neuen Planungsperiode angepaßt. Mit den Ergebnissen der Planungsperiode 1978 bis 1982 liegt die neunte Fortschreibung vor, die theoretisch die Finanzpläne aller 1111 Gemeinden, 35 Landkreisverwaltungen und 14 Verbände umfaßt. Tatsächlich liegen nur die Meldungen von 1140 Berichtspflichtigen vor, für 20 Gemeinden unter 10 000 Einwohner mußten hochgerechnete Ansätze aus der Finanzplanung 1977 bis 1981 übernommen werden.

Als Entscheidungshilfe bei der Fixierung der mittelfristigen Finanzdaten werden den kommunalen Verwaltungen vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium sogenannte Orientierungsdaten zur Verfügung gestellt.

# Finanzplanung der Verwaltungshaushalte 1977 bis 1981 und 1978 bis 1982 Jahresdurchschnittliche Veränderung in %



Für die Fortschreibung 1978 bis 1982 hatte das Ministerium darauf hingewiesen, „daß gesicherte Orientierungshilfen für die Aufstellung der kommunalen Haushalts- und Finanzpläne besonders schwierig seien, da die Ausgestaltung und Auswirkungen des Steuerentlastungsprogramms der Bundesregierung (Steueränderungsgesetz 1979) noch offen, und die weitere konjunkturelle Entwicklung und die davon abhängigen Steuereinnahmen ungewiß sind“.

Dieser Unsicherheitsfaktor hat nicht nur Einfluß auf das Steueraufkommen, sondern wirkt sich auf die gesamte Finanzplanung, vor allem auf den investiven Bereich aus. Soweit festgestellt werden konnte, sind in den Finanzplanungsergebnissen von den steuerentlastenden Maßnahmen (Steueränderungsgesetz 1979) die Beschlüsse der Bundesregierung vom 28.7./30.8.78 berücksichtigt, dagegen ist die im Zuge der ersatzlosen Abschaffung der Lohnsummensteuer erfolgende

Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (Änderung vom 17.11.1978) nur von einem Teil der Berichtspflichtigen noch eingearbeitet worden. Trotz dieser Qualitätsdivergenzen vermittelt die Finanzplanung 1978 bis 1982 den Eindruck einer soliden Finanzlage der Gemeinden (Gv).

## Einnahmen durch Steuerreform beeinflusst

Entscheidende Substanz der kommunalen Einnahmen sind die Realsteuern, der Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer und die allgemeinen Zuweisungen, wobei die Steuern mit rund einem Drittel an den gesamten Einnahmen dominieren. Für diese Einnahmearten werden auch detaillierte Orientierungshilfen vorgegeben. Während für die Grundsteuern A und B eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 4,5% angenommen wurde, rechnen die Gemeinden lediglich mit einer 3%igen Verbesserung. Bei den von der Steuerreform tangierten Steuerarten sind die Erwartungen der Gemeinden noch geringer, wie die nachstehende Gegenüberstellung deutlich macht:

Planungszeitraum	Gewerbesteuer brutto		Gewerbesteuerumlage		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	
	1980	1981	1980	1981	1980	1981
Mill. DM						
1978-1982	4 384	4 558	1 298	1 348	3 189	3 494
1977-1981	4 364	4 578	1 500	1 573	3 559	3 910

Die vom Innenministerium für die vorliegende Finanzplanung prognostizierte Steigerung des Gewerbesteuermehraufkommens um 4,5% wird durch die steuererleichternden Maßnahmen weitgehend absorbiert, so daß unter Berücksichtigung der neuesten Orientierungsdaten (für die Fortschreibung 1979 bis 1983) mit einem 7%igen Aufkommensrückgang gerechnet werden muß. Das Gewerbesteueraufkommen der vorliegenden Finanzplanung dürfte daher nicht ganz realistisch sein. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnte nach den Orientierungsdaten im Jahre 1978 noch eine jährliche durchschnittliche Steigerung von 8% angenommen werden,

Tabelle 1  
Finanzplanung der Gemeinden (Gv)

Einnahme-Ausgabeart	1978	1979	1980	1981	1982
	Mill. DM				
Verwaltungshaushalt					
Einnahmen zusammen	17 782,7	18 464,8	19 446,3	20 539,9	21 559,9
darunter					
Grundsteuern A + B	750,6	761,6	787,2	816,4	845,7
Gewerbesteuer (netto)	2 775,1	2 855,2	3 086,9	3 209,2	3 304,4
Gemeindeanteil an der ESt	2 901,9	2 914,9	3 188,5	3 483,5	3 793,4
Gebühren	2 124,5	2 114,9	2 186,0	2 278,3	2 374,3
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke <sup>1)</sup>	1 998,9	2 069,6	2 138,6	2 227,7	2 320,0
Ausgaben zusammen	17 782,7	18 464,8	19 446,3	20 539,9	21 559,9
darunter					
Personalausgaben	4 444,1	4 656,7	4 875,5	5 149,0	5 423,0
sächlicher Verwaltungsaufwand	3 380,8	3 535,2	3 706,7	3 935,5	4 167,4
Leistungen der Sozialhilfe	2 081,0	2 222,9	2 363,1	2 506,0	2 647,8
Zuführung zum Vermögenshaushalt	2 351,4	1 932,0	2 054,3	2 136,9	2 141,9
Vermögenshaushalt					
Einnahmen zusammen	8 947,9	9 551,5	8 805,1	7 794,0	6 678,1
darunter					
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	2 134,3	2 416,0	2 288,0	1 902,5	1 466,1
Kreditmarktmittel	1 768,7	2 363,6	2 585,3	2 233,3	1 819,3
Ausgaben zusammen	8 947,9	9 551,5	8 805,1	7 794,0	6 678,1
darunter					
Zuführungen an Rücklagen	105,6	37,5	23,3	28,6	38,5
Baumaßnahmen	5 695,7	6 742,9	6 478,6	5 593,2	4 526,1
Nachrichtlich:					
Bereinigte Ausgaben <sup>2)</sup>	24 010,9	25 795,6	25 926,7	25 904,4	25 792,9
Bereinigte Gesamtausgaben <sup>3)</sup>	21 827,0	23 380,3	23 433,0	23 308,7	23 077,7

<sup>1)</sup> Einschließlich Erstattungen, ohne Lastenausgleichs- und Zivilschutzleistungen. – <sup>2)</sup> Abzüglich Zahlungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, innere Verrechnungen, Fehlbetragsabdeckung. – <sup>3)</sup> Abzüglich sämtlicher Zahlungen von Gemeinden (Gv).

**Tabelle 2**  
**Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereich	1978	1979	1980	1981	1982	Anteil an der Gesamtsumme	
						1978	1982
	Mill. DM					%	
Allgemeine Verwaltung	155,6	207,7	248,8	280,5	245,4	2,0	4,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	140,1	165,5	127,3	94,0	75,0	1,8	1,3
Schulen	1 140,2	1 286,2	1 192,1	855,3	487,0	14,8	8,6
darunter allgemeinbildende Schulen	764,0	780,4	695,2	493,3	282,5	9,9	5,0
berufliche Schulen	334,8	453,6	469,2	340,9	191,5	4,4	3,4
Wissenschaft	120,6	148,9	153,7	125,0	117,7	1,6	2,1
Soziale Sicherung	202,6	224,2	232,1	201,6	156,4	2,6	2,8
Gesundheit, Sport	812,5	824,5	766,5	642,7	518,4	10,6	9,1
darunter Krankenhäuser	176,4	99,6	63,7	61,9	48,2	0,8	0,1
Sport, Badeanstalten	527,9	604,9	601,1	492,8	383,7	6,8	6,8
Bau- und Wohnungswesen	2 123,7	2 504,8	2 419,5	2 308,2	2 055,2	27,6	36,2
darunter Straßen	1 610,5	1 845,8	1 829,0	1 799,1	1 642,4	21,0	28,9
Öffentliche Einrichtungen	1 778,3	2 158,5	1 940,1	1 542,1	1 210,6	23,2	21,3
darunter Abwasserbeseitigung	1 363,3	1 655,5	1 464,0	1 133,3	867,3	17,7	15,3
Abfallbeseitigung	50,3	81,9	68,5	67,7	52,4	0,7	0,9
Wirtschaftliche Unternehmen, Grund- u. Sondervermögen	1 209,6	1 061,9	855,6	799,3	812,4	15,8	14,3
<b>Insgesamt</b>	<b>7 683,2</b>	<b>8 582,2</b>	<b>7 935,8</b>	<b>6 848,8</b>	<b>5 678,2</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr %	-	+ 11,7	- 7,5	- 13,7	- 17,1		

um so mehr überrascht daher das Planungsergebnis, das erhebliche Einnahmeeinbußen aus dieser Steuerart ausweist. Dieses Ergebnis muß um so mehr erstaunen, wenn das Ministerium in seinen neuesten Orientierungsdaten sehr günstige Wachstumsraten bis 1983 aus dieser Steuerart annimmt. Bei einer genauen Beobachtung der aktuellen Steuerentwicklung und der zusätzlich ab 1980 wirksam werdenden Erhöhung des Gemeindeanteils um 1% auf 15% gewinnt man den Eindruck, daß die Gemeinden ihre Steuereinnahmen sehr vorsichtig, wenn nicht gar pessimistisch beurteilt haben.

Der weitere wichtige Einnahmeposten im kommunalen Sektor, die Gebühren, werden erst in den letzten zwei Planungsjahren wieder kräftiger ansteigen, während in den Jahren 1978 bis 1980 nur wenig Bewegung zu erkennen ist. Dies dürfte darin begründet sein, daß die Gebühren, die weitgehend aus Einnahmen der öffentlichen Einrichtungen (Versorgung und Entsorgung, Bäder, kulturelle Einrichtungen usw.) stammen, in den vergangenen Jahren dem Kostendeckungsgrundsatz nach § 78 der Gemeindeordnung angepaßt und an die Gebührenobergrenze herangeführt wurden. Hinzu kommen die Auswirkungen des in der Novellierung benutzerfreundlich gestalteten Kommunalabgabengesetzes, das erstmals für das Haushaltsjahr 1979 anzuwenden ist. Auch wurden in den zurückliegenden drei Jahren weniger neue Einrichtungen als früher geschaffen, die zu einer Bereicherung des Gebührenhaushaltes beitragen könnten.

Die in ihrer Größenordnung mit rund 2 Mrd. DM (1978) nahe an die Gebühren heranreichenden laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bleiben mit einer 3,8%igen Steigerung unter der projizierten Steigerungsrate der Orientierungsdaten. Hier werden vermutlich von den planenden Stellen die vorgegebenen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft.

Im Vermögenshaushalt nehmen die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, zum Beispiel für Straßen, Schulbauten, Sportstättenbau und Abwasserbeseitigung neben den Kreditaufnahmen einen breiten Raum ein. Da erstere nach den Planungen der Kommunen von 2,1 Mrd. DM im Jahre 1978 um ein Drittel auf 1,5 Mrd. DM (1982) zurückgehen, ist anzunehmen, daß eine gewisse Unsicherheit darüber herrscht, in welchem Umfang investive Maßnahmen von Bund und Land mitfinanziert werden. Hinzu kommt, daß das Programm für Zukunftsinvestitionen in naher Zukunft ausläuft. Nachdem die Gemeinden ihre Steuereinnahmen bis 1982 aus den bereits dargelegten Gründen nur in relativ bescheidenem Umfang anwachsen sehen, müßten sie zur Finanzierung ihrer Investitionen, vor allem im Jahre 1980 wieder verstärkt Kredite aufnehmen.

### **Verwaltungshaushalt wird sich um rund 5% jährlich ausweiten**

Die öffentlichen Aufgaben spiegeln sich viel mehr in den Ausgaben als in den Einnahmen wider. Während der Verwaltungshaushalt mit seinem festgefügtten Aufbau und seiner starken Bindung an vertragliche und tarifliche Regelungen für diese Aussage weniger geeignet ist, trifft diese um so mehr auf den Vermögenshaushalt zu.

Dies zeigt sich sehr deutlich beim Ergebnis der Finanzplanung 1978 bis 1982. Die Personalausgaben mit rund einem Viertel der gesamten Ausgaben des Verwaltungshaushalts werden jahresdurchschnittlich um 5% ansteigen; diese Steigerungsrate ist gegenüber der letzten Finanzplanung um rund 1,2% zurückgenommen worden, wohl ausgehend von der Überlegung einer maßvollen linearen und strukturellen Veränderung im personellen Sektor. Ebenso werden die sächlichen Ausgaben von 3,3 Mrd. DM auf 4,2 Mrd. DM durchschnittlich jährlich um 5,4% anwachsen. In diesen Zuwachsraten sind sowohl die allgemeine Preisentwicklung als auch die Ausgaben für neue Einrichtungen mit enthalten. Sowohl Personal- wie Sachausgaben bewegen sich im vorgegebenen Rahmen der Orientierungsdaten mit 5- bzw. 6%igem durchschnittlichem Jahreszuwachs.

Zu dem relativ niedrigen Anstieg der unbereinigten Gesamtausgaben mit nur 1,4% hat der Vermögenshaushalt beigetragen, denn im Verwaltungshaushalt wird mit jährlichen Ausweitungen von durchschnittlich 4,9% gerechnet. Der Vermögenshaushalt fällt demgegenüber, was in jeder Finanzplanungsfortschreibung zu beobachten ist, in den eigentlichen drei Planungsjahren (1980 bis 1982) unter die Ansätze des Jahres 1978 zurück. Vor allem die Baumaßnahmen, die rund zwei Drittel des Vermögenshaushalts umfassen, zeigen diese Tendenz auf, obwohl das Innenministerium eine 1,5%ige jährliche Ausweitung volkswirtschaftlich für richtig ansah. Neben den bekannten Gründen der Unsicherheit etwaiger Finanzierungshilfen von Bund und Land, des weiteren Konjunkturverlaufs, nicht zuletzt des Zwangs zum Haushaltsausgleich, dürfte die zurückhaltende Investitionstätigkeit auch damit zusammenhängen, daß die Investitionsrate nicht so günstig ausfallen wird und im Planungszeitraum in den einzelnen Körperschaftsgruppen ein uneinheitliches Bild zeigt. So rechnen die Stadtkreise nur mit einer halbierten Investitionsrate 1982 gegenüber 1978, während die kreisangehörigen Gemeinden ab 1980 auf jährlich steigende Zuwächse hoffen. Die Landkreise unterstellen ebenfalls eine geringfügige Verbesserung ihrer Vermögenshaushalte durch die Investitionsrate.

**Tabelle 3**  
**Investitionsrate nach Körperschaftsgruppen**

Art	1978	1979	1980	1981	1982
	Mill. DM				
Stadtkreise					
Zuführung <sup>1)</sup> .....	608,3	441,2	452,1	428,5	374,0
Tilgung .....	241,9	228,4	203,9	206,9	215,1
Investitionsrate .....	366,4	212,8	248,2	221,6	158,9
Kreisangehörige Gemeinden					
Zuführung <sup>1)</sup> .....	1 449,3	1 151,7	1 303,0	1 403,5	1 481,9
Tilgung .....	756,3	551,0	508,9	560,9	599,3
Investitionsrate .....	693,0	600,7	794,1	842,6	862,6
Landkreise					
Zuführung <sup>1)</sup> .....	241,2	299,3	285,7	279,7	283,1
Tilgung .....	76,5	98,6	87,5	101,0	111,1
Investitionsrate .....	164,7	200,7	198,2	178,7	172,0

<sup>1)</sup> An Vermögenshaushalt.

### Schwerpunkte der Investitionen im Straßenbau und beim Umweltschutz

Nach der Verwendungsstruktur der Investitionsausgaben nimmt der Straßenbau mit einem von 21% (1978) auf 28,9% (1982) steigenden Anteil den ersten Rang ein, für ihn sollen in fünf Jahren 8,7 Mrd. DM investiert werden, gefolgt von den öffentlichen Einrichtungen, für die rund ein Fünftel aller Mittel ausgegeben werden soll, die vor allem im Bereich des Umweltschutzes (6,8 Mrd.) benötigt werden. Für den Bau von Schulen rechnen die Gemeinden und Landkreise mit 5 Mrd. DM

Ausgaben, für den Aufgabenbereich Gesundheit und Sport sind weitere 4,6 Mrd. DM, vor allem für den Sportstättenbau, eingeplant.

### Konsolidierung des Haushalts wird angestrebt

Nicht uninteressant dürfte das Verhalten der einzelnen Körperschaftsgruppen in der Finanzplanung 1978–1982 sein. Daß der Vermögenshaushalt rückläufige Tendenzen aufweist, ist bereits zu einem typischen Erscheinungsbild geworden, daß nunmehr aber auch – wie aus der Grafik ersichtlich wird – die jahresdurchschnittlichen Steigerungsraten des Verwaltungshaushalts in jeder Körperschaftsgruppe gegenüber der vorausgegangenen Finanzplanung rückläufig sind, läßt darauf schließen, daß die Kommunen sehr stark darauf bedacht sind, ihren Haushalt zu konsolidieren, zum anderen aber auch, daß durch die augenblicklich stagnierende Bevölkerungszahl in bestimmten Infrastrukturbereichen (Kindergärten, Schulen) keine Investitionen notwendig sind und dadurch auch keine neuen Folgekosten erwachsen, die den laufenden Haushalt zusätzlich belasten. Aus den zur Zeit vielfach durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen der Ortskerne sind Folgekosten früheren Ausmaßes nicht zu erwarten.

Für die Aufstellung der Finanzplanung 1979 bis 1983, der 10. Fortschreibung bleibt zu hoffen, daß sie zu einem noch geeigneteren Instrument werden wird, in dem der zukünftige Entscheidungsspielraum der Kommunen transparenter gemacht und die Interdependenz aller wirtschaftlichen Vorgänge aufgezeigt wird. Es bleibt festzuhalten, daß gerade im kommunalen Bereich ein aktueller Überblick besonders wichtig ist, weil dort der überwiegende Teil der öffentlichen Investitionen getätigt wird.

Ruth Kretschmer

## Buchbesprechungen

**Hans-Jürgen Philipp, Zur sozialen Lage der Studierenden – Unter besonderer Berücksichtigung der Hohenheimer Studierenden,** Hohenheimer Arbeiten, Schriftenreihe der Universität Hohenheim, Allgemeine Reihe Heft 99, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1979; 292 Seiten, kartoniert 49,- DM; ISBN 3-8001-8153-3.

Über die soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik werden seit vielen Jahren „heiße“ Diskussionen geführt. Die amtliche Statistik hat sich dieses Problemkreises bisher noch nicht angenommen, jedoch sind eine Reihe von Untersuchungen für einzelne Hochschulorte sowie die in mehrjährigen Abständen an ausgewählten Hochschulen durchgeführten Befragungen des Deutschen Studentenwerks bekannt.

Die vorliegende Untersuchung berücksichtigt besonders die Situation der Studierenden an der Universität Hohenheim, geht aber, da sie sich teilweise auch auf subjektive Facetten der einzelnen Untersuchungsaspekte erstreckte, nicht nur in ihrer Fragestellung, sondern auch in der wissenschaftlichen Analyse weit über den bisher bekannten Rahmen solcher Untersuchungen hinaus. Sie vermittelt die Ergebnisse in einer Vielzahl mehrdimensionaler Häufigkeitsverteilungen, gestattet aber auch den Vergleich mit ähnlichen Untersuchungen, insbesondere denen des Deutschen Studentenwerks. Zu den Vorzügen der Untersuchung gehört zweifellos auch, daß die Ergebnisse in einen historischen Rahmen gestellt sind.

Die Befragungsergebnisse im einzelnen beleuchten für die Hohenheimer Studenten unter anderem die finanzielle Lage, die Wohnsituation, die Verkehrsmittelbenutzung zwischen Wohnsitz und Hochschule, die Verpflegungssituation sowie die Mög-

lichkeiten der Freizeitgestaltung im Rahmen der gebotenen Einrichtungen und Veranstaltungen.

**Hans-Jürgen Philipp, Zur sozialen Lage der Hohenheimer Hochschulbediensteten,** Hohenheimer Arbeiten, Schriftenreihe der Universität Hohenheim, Allgemeine Reihe Heft 100, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1979; 146 Seiten, kartoniert 26,- DM; ISBN 3-8001-8154-1.

Die Untersuchung zur sozialen Lage der Hohenheimer Hochschulbediensteten schließt von Thematik, Methodik und Zielsetzung an die ein Jahr vorher durchgeführte Untersuchung zur sozialen Lage der Studenten an. Dies erklärt und rechtfertigt, daß sich die Ausführungen in dieser Arbeit zum Teil eng an den Ergebnisbericht zur Studentenuntersuchung, der als Heft 99 veröffentlicht ist, anlehnen. Anlaß für diese Untersuchung war, daß der am 30. Mai 1973 von der Universität vorgelegte Rahmenentwicklungsplan die den Universitäten obliegende Aufgabe der sozialen Förderung ihrer Bediensteten (und Studierenden) von der Bearbeitung ausgeklammert hatte. Empirische Untersuchungen zur sozialen Lage der Studenten sind häufiger durchgeführt worden, vergleichbare Untersuchungen bei den Hochschulbediensteten gibt es dagegen nur vereinzelt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einer Vielzahl von ein-, zwei- und mehrdimensionalen Häufigkeitsverteilungen zu ausgewählten Indikatoren der sozialen Lage angeführt. Durch sie werden die Informationen über einen bisher nur wenig durchleuchteten Bereich in dankenswerter Weise erweitert.

Karl-Heinz Festerling